Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Abend-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2 mal täglich ins Haus gebracht: 40 Pf. monatlich, 2.20 Mk. vierteljährlich. Bei unseren Filialen und Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatlich, 2.25 Mk. vierteljährlich.
Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint 2 mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur 1 mal.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

107. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5 spaltige Petitzeile 25 Pf., die 4 spaltige Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 Mk. pro Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher.
Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Berliner Redaktion: Jo den Zellen 4.
Fernsprech-Anschluß: Amt Moabit Nr. 467.

Nr. 234. Sonnabend, den 7. Juni. 1913.

Das Wichtigste.

* Die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Saloniki soll nicht vor Beendigung der bulgarischen Ministerkrise erfolgen. (S. bes. Art.)

* Nach Londoner Blättermeldungen glaubt man eine Verschwörung in der irländischen Provinz Ulster entdeckt zu haben. (S. Ausl.)

* Der Arbeiter Brandenburg, der in Stettin den Arbeiter Kühl niederstach, ist aus der Haft entlassen. Er soll sich in Notwehr befunden haben. (S. Nachr. v. Tage.)

Zur Kraftprobe im Reichstage.

Schon einmal wurde im „L. T." darauf hingewiesen, daß es in der nächsten Sitzung des Reichstages am Montag zu einer Kraftprobe kommen wird. Das ist richtig. Annehmbar wird sich bei der Festsetzung der Tagesordnung für Dienstag eine Geschäftsordnungsdebatte entspinnen und zwar zwischen denen, die zunächst unter allen Umständen die Heeresvorlage erledigen, und zwischen denen, die sie mit der Deckungsfrage verknüpfen wollen. Letzteres bedeutet bekanntlich: die Heeresvorlage soll als nationales Druckmittel gegen die direkte Reichssteuer (Vermögens- oder Erbschaftssteuer) mißbraucht werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß den Ausschlag gibt, welche Seite des Hauses besser besetzt ist. Links oder rechts. Daß die Sozialdemokratie vermutlich für die sofortige Erledigung der Heeresvorlage stimmen wird — natürlich nicht um sie anzunehmen, wohl aber um sie von der laufenden Deckung zu trennen —, ist nicht ohne pikanten Reiz. Wie sonst die Parteien stehen, ist nicht ganz klar. Die Liberalen werden geschlossen für sofortige, selbständige und bedingungslose Erledigung der Heeresvorlage stimmen. Die Konservativen dagegen. Nicht etwa, um sie zu Falle zu bringen. Gewiß nicht. Wohl aber, um auf diese Weise das Gespenst der Erbschaftssteuer zu verscheuchen. Wie die „Kleinen" sich aussprechen werden, ist abzuwarten. Vielleicht wird der größte Teil diesmal mit den Liberalen gehen. Und das Zentrum? Das weiß noch kein Mensch, und wer die Naturgeschichte dieser Partei mit ihrer auch im Punkte der Taktik dunkelen Farbe kennt, wundert sich gar nicht darüber. Am 28. Mai 1913 äußerte Herr Gröber in der Kommission:

> Seine politischen Freunde halten an der Ueberzeugung fest, daß die Wehr- und Deckungsvorlagen eine Einheit bilden und nur einheitlich entschieden werden können, wenn sie richtig behandelt werden sollen. Wenn mit der Erklärung, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags die Deckungsfrage ihre Lösung gefunden haben müsse, praktisch dasselbe gemeint sei, was seine politischen Freunde forderten, so könnten sie damit einverstanden sein; wenn jedoch damit ein prinzipieller Gegensatz zum Ausdruck gebracht werden sollte, so würden sie bedauern, daß eine so wichtige Frage in ihren beiden Hauptbestandteilen zerrissen werde.

Man könnte einen Preis auf die Lösung der Frage setzen, was das Zentrum hiernach tun wird. Kurz darauf hat sich derselbe Herr Gröber zwar etwas entschiedener im Sinne des Grundsatzes ausgesprochen: Keine Ausgabe ohne Deckung. Allein geglaubt hat ihm niemand, daß dies das unwiderruflich letzte Wort sei. Die Sache kann aber bitter ernst werden. Denn wenn das Zentrum der fehlenden Deckung wegen gegen die Heeresvorlage stimmt, dann bildet es mit der Sozialdemokratie, die sie „grundsätzlich" ablehnen „muß", die berühmte Abwehrmehrheit, und die Heeresvorlage ist gefallen. Dann wird aber der Kanzler wohl keinen Spaß mehr verstehen, die rote Mappe herausholen und den Reichstag auflösen. Schöne Aussichten für den Sommer!

Und der Bundesrat? Der Schatzsekretär, dieser nach allen Seiten Wohlwollen ausstrahlende Mann, hat zwar versucht, seine freundliche Stirn in Falten zu legen und hat versichert: die Reichsleitung fordere „mit voller Entschiedenheit", daß die Deckungsfrage bis zur Verabschiedung der Heeresvorlage ihre „Klärung" gefunden haben „müsse". Auch diese Worte würden einer Sphinx alle Ehre machen. Daß die Reichsleitung eine ihr vom Reichstage bewilligte Heeresvermehrung ablehnen würde, weil die Deckungsvorlagen noch nicht verabschiedet seien, hat der Schatzsekretär natürlich nicht gesagt. Das wäre aber das entscheidende Wort gewesen! Kurz zuvor hatte der preußische Kriegsminister, den man sich als prachtvollen Feldsoldaten vorstellen kann, weniger als Diplomaten und geheimnisvollen Redner, es für „unbedingt nötig" erklärt, daß bis zum 1. Juli allerspätestens die Heeresvorlage angenommen sei. Gründe: die Entwickelung der militärischen Verhältnisse in den Nachbarländern und die Möglichkeit, mit der Materialbeschaffung rechtzeitig vorzugehen, da die im letzten Augenblick gemachten Bestellungen selbstverständlich höhere Kosten verursachen würden. Gute unwiderlegliche Gründe. Sie weisen zwingend darauf hin: erst die Heeresvorlage, dann die Deckung! Das ist kein finanzieller Leichtsinn. Und zwar um so weniger als der Wehrbeitrag, für den ja auch die Sozialdemokratie stimmen will, als gesichert angesehen werden kann. Was die dauernden Ausgaben angeht, so wird die Deckungsfrage in dem Augenblick geklärt sein, wo man sich rechts von der Mitte des Hauses einem entschiedenen Willen des Liberalismus gegenüber sehen und fühlen wird, daß jetzt Nachgeben mehr ehrt als Starrsinn. Außerdem empfinden gewiß viele mit, wenn wir sagen: es ist nunmehr höchste Zeit, und zwar gegenüber dem Auslande und gegenüber dem deutschen Volke selbst, daß die so viel besprochene Heeresvermehrung endlich zur Tat werde. Allerhöchste Zeit!

Vom Balkan.

Die geplante Zusammenkunft der vier balkanischen Ministerpräsidenten in Saloniki

wird, wie die „Voss. Ztg." erfährt, natürlich nicht vor Lösung der bulgarischen Ministerkrise erfolgen können. Das Blatt „Objek" bemerkt hierzu: „Wer den Regierungsmechanismus in Bulgarien kennt, weiß, daß diese Krise genau so lange dauern wird, als König Ferdinand will, und er wird so lange wollen, als zur Zusammenziehung der bulgarischen Truppen notwendig sein wird.

Trinksprüche zugunsten des Balkanbundes.

Paris, 7. Juni. Dem „Temps" wird aus Cetinje telegraphiert:

Bei dem vom griechischen Gesandten anläßlich des Geburtstages König Konstantins gegebenen Empfang brachte der montenegrinische Minister des Aeußern einen Trinkspruch auf die „Erhaltung des unerläßlichen Bündnisses" aus. Der bulgarische Geschäftsträger erwiderte, es wäre „in der Tat verbrecherisch, wenn man das Bündnis nicht aufrecht erhielte".

Serbien dementiert.

Belgrad, 6. Juni. Das serbische Preßbureau meldet:

Alle Nachrichten über angebliche Zusammenstöße zwischen der bulgarischen und serbischen Armee an der alten und neuen Grenze bei Pirot, Veles und Gevgjelü sind unwahr. Ebenso unwahr ist die Nachricht, daß man Vorbereitungen zum Abzug der serbischen Truppen aus Monastir treffe. Die Räumung Istips auf dem linken Ufer des Wardar ist in aller Ordnung ohne blutige Zusammenstöße vor sich gegangen. Alle derartig falschen Nachrichten werden im gegenwärtigen Augenblick mit einer gewissen Absicht in die Welt gesetzt und sind mit Vorsicht aufzunehmen. Die serbischen Truppen haben den gemessenen Befehl, nirgends aggressiv aufzutreten, was auch bisher streng eingehalten wurde. Hinsichtlich ähnlicher in Belgrad selbst auftretender Nachrichten kann festgestellt werden, daß man von amtlicher Seite an die in Belgrad erscheinenden Zeitungen die Aufforderung erließ, derartigen unwahren Nachrichten keinerlei Glauben zu schenken

Die Wahlrechtsweiber und die Beratungen der Balkandelegierten.

London, 7. Juni. Während der gestrigen Sitzung der Friedensdelegierten im St. James-Palaste hielt die Liga für die Freiheit der Frau vor dem Palaste eine Versammlung ab. Reden wurden gehalten, wobei eine der Rednerinnen vom Publikum dreimal von ihrem Platze heruntergeholt wurde. Drei Frauen wurden verhaftet. Die Frauenversammlung protestierte gegen die Regierung, die glaube, den Frieden im Auslande sichern zu können, während sie den Frieden im Inlande nicht erhalten könne.

Der Kommissionsbericht über die Wehrvorlage.

th. Der mündliche Bericht der Budgetkommission des Reichstags über ihre Beratungen zur Wehrvorlage ist im Reichstage ausgegeben worden. Die Kommission hat von der Erstattung eines schriftlichen Berichtes Abstand genommen, damit die Beratung der Vorlage im Plenum keinen Aufschub erleidet. Um die Abgeordneten von den Vorgängen in der Kommission zu orientieren, sind die Sitzungsprotokolle der Budgetkommission allen Abgeordneten zugestellt worden. Die 2. Lesung der Wehrvorlage wird bestimmt am 10. Juni beginnen und voraussichtlich drei Tage währen. Es ist möglich, daß die Generalabstimmung über die Vorlage, die namentlich sein wird, mit Rücksicht auf die Eröffnung des preußischen Landtages an diesem Tage erst später vorgenommen werden wird. Für den Fall, daß die Vorlage über den Wehrbeitrag bis zum 11. Juni in der Budgetkommission erledigt sein wird, wie man jetzt hofft, soll die Lesung dieser Vorlage im Plenum sich an die Beratung der Wehrvorlage anschließen oder, wenn sich die Beratung in der Kommission verzögert, am 17. Juni zur 2. Beratung gestellt werden. Man rechnet in offiziösen Kreisen damit, daß das Plenum in der letzten Juniwoche einige Tage noch aussetzen wird, nachdem Wehrvorlage und Wehrbeitrag endgültig verabschiedet sind, und Anfang Juli zur Verabschiedung der übrigen Steuervorlagen nochmals zusammentritt. Die Fraktionen haben angesichts der Schwierigkeit, ihre Mitglieder jetzt bei der Hitze in Berlin zusammenzuhalten, schon vor Tagen den Wunsch geäußert, spätestens am 5. Juli eine Vertagung der Session herbeizuführen. Aus diesem Grunde wird die Budgetkommission jetzt jeden Tag tagen. (Die Hoffnung, alle Steuervorlagen noch im Sommer zu verabschieden, wird sich wohl kaum erfüllen. D. Red.)

An der Wehrvorlage hat die Budgetkommission nach ihrem Berichte nur geringe Aenderungen vorgenommen. Statt 661 176 sind 659 563 Mann als Präsenzstärke genehmigt, die Zahl der Kavallerieschwadronen ist statt auf 550 auf 535 (bisher 516) erhöht worden. Die übrigen Formationen sind unverändert geblieben. Nach den Kommissionsbeschlüssen entfallen auf Preußen 511 153 (statt 513 008) auf Bayern 73 370 (statt 73 168), auf Sachsen 49 472 (unverändert), auf Württemberg 25 568 (statt 25 468) Mann. Im Gesetz ist bestimmt, daß Reserveübungen nach Möglichkeit nur im Winter stattfinden sollen, wenn es militärische und wirtschaftliche Verhältnisse erlauben. Die Zahl der angenommenen Resolutionen beträgt 24, sie behandeln Urlaubs- und Militärjustizfragen, Aushebungswünsche, Regelung der Burschenfrage, Besetzung von Regimentern mit adligen Offizieren, Militäranwärterfragen, Uniform- und Lieferungsfragen.

Dem Berichte sind einige interessante Anlagen beigegeben. So wird dem Vorwurfe entgegengetreten, daß Preußen im Verhältnis zu wenig Soldaten gegenüber den anderen Bundesstaaten aushebe. Für das Heer allein steht Bayern am höchsten (1,062363 Prozent), Preußen am niedrigsten (1,010086 Proz.), dafür liefert aber Preußen für die Marine rund 73 000 Mann, die anderen drei Königreiche nur 6000 Mann, so daß sich die Heranziehung zum Waffendienst wie folgt stellt: Preußen 1,152 Proz., Württemberg 1,108 Proz., Bayern 1,093 Proz., Sachsen 1,084 Proz. Ferner sind Uebersichten beigefügt über die Zahlenverhältnisse der Armeen Deutschlands, Frankreichs, Oesterreichs und Rußlands. Deutschland wird 1915 820 083 Gesamtstärke haben, nachdem alle Neuformationen gebildet sind. Ferner wird eine Uebersicht über die Friedenstätigkeit der Offiziere bei den Stäben gegeben, die sich teilweise nach der Wehrvorlage ändern wird; so ist neu z. B. der Hauptmann beim Stabe jedes Infanterie- und Jägerbataillons, der die Uebungskompagnien führen und die Offizieraspiranten ausbilden, sowie den Spezialdienst der Truppen (Winker-, Fernsprechdienst, Radfahren, Meßdienst) überwachen soll.

Politische Uebersicht

Staatliche Förderung des Projektes einer deutschen Rheinmündung.

Die preußische Staatsregierung hatte im Hinblick auf die Bedeutung des Planes der Schaffung einer deutschen Rheinmündung über

Die Spaltung der Berliner Sezession.

Wie nach dem gestrigen Vorgehen der „Refüsierten" nicht anders zu erwarten war, ist es bei der Generalversammlung der Berliner Sezession zu einem großen Krach gekommen. Da die Mitglieder der Opposition der Aufforderung zum Austritt nicht nachkamen, so sind der gesamte Vorstand und die Majorität der Mitglieder ihrerseits ausgetreten, darunter Max Slevogt, Curt Hermann, P. Kraus, George Mosson, Käthe Kollwitz, Max Gisecke, Großmann, Otto Hettner, Hedwig Weiß, Georg Kolbe, Franz Christophe, Ernst Barlach, Ulrich Hübner, August Gaul, L. Tuaillon, Emil Orlik, Robert Breyer, Dora Hitz, Heinrich Hübner, Karl Walther, E. R. Weiß, Martin Brandenburg, Hans Baluschek, Paul Cassirer, Hans Meid, M. Beckmann, Graf Kalckreuth, Max Pechstein. — Beide Parteien veröffentlichen nun in den Berliner Morgenblättern scharfe Erklärungen.

Die Erklärung der Majorität lautet: „Ein paar Mitglieder der Sezession haben den Mut gehabt, vor unserer Generalversammlung einen Teil der Tagesordnung und eine sogenannte Interpellation, über deren Berechtigung erst die Versammlung entscheiden sollte, in die Zeitung zu bringen und in ihrem Sinne zu deuten. Nach den hierbei erfolgten Angriffen auf die Person des Herrn Cassirer treten die gegen die Jury gerichteten Angriffe einstweilen vollständig zurück, und es handelt sich für uns Unterzeichnete heute einzig und allein darum, die Ehre des Herrn Cassirer mit äußerster Rücksichtslosigkeit zu schützen. Wir schämen uns, daß sich in unserm Verein Elemente finden konnten, die eine solche Taktik anzuwenden fähig waren. Wir wissen, daß Herr Cassirer seine Mittel zu eigennützigen Zwecken innerhalb der Sezession nicht gemißbraucht hat, daß er als Präsident eine Politik persönlicher Interessen nicht betrieben hat und daß er nur aus künstlerischem Idealismus unter uns gewirkt hat. Wir finden uns darin zusammen, ihn zu bitten, trotz des ihm gebotenen Schimpfes der Sache treu zu bleiben und die große Aufgabe mit allen Kräften zu Ende zu führen. Was Berlin als Kunststadt Herrn Cassirer verdankt ist heute noch gar nicht abzuschätzen, aber seine Tätigkeit für die Sezession gibt ihm ein Anrecht, daß wir alle mit dieser öffentlichen Kundgebung ihm unseren Dank und unser restloses Vertrauen aussprechen."

Dieser Vertrauenskundgebung für Paul Cassirer setzt die Opposition die Drohung entgegen, gerichtliche Schritte zu ergreifen, da man sie in der Versammlung nicht habe zu Worte kommen lassen. An der Spitze der Unterzeichner steht hier Lovis Corinth; und es ist somit bedauerlicherweise zur unumstößlichen Tatsache geworden, daß unter der Präsidentschaft des Herrn Cassirer, dessen persönliche Verdienste um das Berliner Kunstleben unbestritten bleiben mögen, sich unter den Führern der lebendigsten und kräftigsten Berliner Künstlervereinigung ein unheilbarer Bruch vollzogen hat, dessen Folgen für die Weiterentwicklung auch des künstlerischen Organisationswesens nicht abzusehen sind.

Kunst und Wissenschaft.

* **Der Wiederbeginn des städtischen Schauspiels.** Als erste Schauspielvorstellung nach den Ferien ist für Donnerstag, den 12. Juni, Goethes „Faust" (I. Teil) im Neuen Theater angesetzt worden. Sonnabend, den 14. Juni, gelangt im Alten Theater Gerhart Hauptmanns „Florian Geyer" zur Aufführung. Die Titelrolle spielt Heinrich Götz vom Stadttheater in Köln als Gast auf Anstellung. Sonntag, den 15. Juni, wird im Alten Theater Eulenbergs Liebesstück „Belinde" wieder in das Repertoire aufgenommen werden, und zwar mit Adele Doré vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg in der Titelrolle. Die im vorigen Herbst gelegentlich der erfolgreichen Uraufführung von „Belinde" geplante weitere Mitwirkung der Frau Doré in dieser Rolle wurde durch eine Erkrankung der Künstlerin bekanntlich jäh abgebrochen.

* **Das Anton Franck-Gastspiel im Schauspielhause.** Mit Anton Franck als Gast beginnt heute im Schauspielhause die Sommerspielzeit mit dem Schwanke „Die spanische Fliege" von Franz Arnold und Ernst Bach, den beiden bekannten Hauptdarstellern des Lustspielhauses in Berlin. Von dem Schwanke haben die Autoren für das Leipziger Schauspielhaus und das Lustspielhaus in Berlin kürzlich in Magdeburg eine Probeaufführung veranstaltet, die vor ausverkauftem Hause einen stürmischen Heiterkeitserfolg erzielte. Die Vorstellungen des Schwankes beginnen Sonntags 8 Uhr, Wochentags 8¼ Uhr. Es gelten gewöhnliche Preise, Dutzendkarten haben Gültigkeit.

* **Autographenversteigerung bei Börner.** Bei C. G. Börner begann heute die Autographen-Versteigerung. Ein Beethoven-Manuskript stieg schnell auf 420 ℳ; ein Beethovenbrief auf die gleiche Summe; ein Bierbaum-Manuskript auf 220; eines von Bismarck auf 620 ℳ; ein Blücherbrief auf 250 ℳ; ein Brief der Liselotte 120 ℳ; ein Brief Fichtes aus Goethes Autographensammlung 50 ℳ; ein prachtvoller Brief von Friesen 76 ℳ; ein Stammbuch, von den Tapeten des Gleimhauses abgelöst 180 ℳ; 2 seltene Gluck-Autographen stiegen auf 810 und 825 ℳ; ein Goethebrief, ungedruckt, 380 ℳ; ein anderer Brief 270 ℳ; eine Tuschezeichnung von Goethe 210 ℳ; eine Tabaksdose aus Goethes Besitz 430 ℳ; ein Becher mit Goethes Porträt 240 ℳ; ein seltenes Autograph von Goethes Vater 220 ℳ; ein Albumblatt von Grillparzer 125 ℳ; ein Brief von Haydn 375 ℳ. Von Heinrich Heine kam eine kleine Sondersammlung unter den Hammer. Eine große Anzahl von einzelnen Gedichten und Fragen erzielten 25—70 ℳ.

* **Kein Gerhart Hauptmannverbot!** Erfreulicherweise bestätigt sich das Gerücht nicht, nach dem der Besuch von Gerhart Hauptmanns Jahrhundertspiel dem Breslauer Offizierkorps verboten sein sollte. Die „Schlesische Zeitung" erfährt von zuständiger Stelle, daß ein derartiges Verbot nicht ergangen ist.

* **Vom Magdeburger Theaterkonflikt.** Direktor Heinrich Hagin sucht die Nachrichten über seinen Rücktritt von der Direktion des Magdeburger Stadttheaters dahin richtig zu stellen, daß vorläufig nur Differenzen über die von der Stadt in Aussicht gestellten Zuschüsse an die G. m. b. H. vorhanden sind. Von der einseitigen Auflösung des Vertrages durch die Stadt könne überhaupt keine Rede sein, da hierzu keine Gründe vorlägen und die Vertragslösung zurzeit auch nicht ausgesprochen sei. Nach den unzweideutigen Aeußerungen der Gegenseite muß diese Erklärung einigermaßen wundernehmen. Es scheint, daß sich die Angelegenheit zu einem zweiten Fall Robert entwickeln will.

* **Aus dem Theaterleben.** Humperdincks Oper „Königskinder" wird auch im nächsten Winter in New York (Metropolitan Oper) wieder zur Aufführung gelangen. — Frau Maria Moissi, die Gattin Alexander Moissis, die im letzten Jahre als Lehrerin an der Reinhardtschule gewirkt hat, beabsichtigt im Herbste eine Schauspielschule zu eröffnen. Unter anderen wird auch Alexander Moissi an der Schule tätig sein.

* **Aus der Gelehrtenwelt.** Eine Drahtmeldung aus Graz bestätigt die von uns im gestrigen Abendblatt verzeichnete Mitteilung, daß für den Lehrstuhl Erich Schmidts an der Berliner Universität nach Albert Köster der Grazer Literarhistoriker Professor Dr. Reinhart Seuffert berufen worden ist. — Professor Dr. Max Dittrich, außerordentlicher Professor der Chemie an der Universität Heidelberg, ist im Alter von 48 Jahren gestorben. Sein Hauptwerk ist das Chemische Praktikum für Studierende der Naturwissenschaften. — Die Professoren der Universität Neuchatel beschlossen, den internationalen Kongreß für Ethnographie nach Neuchatel einzuberufen.

* **Der Abschluß des Internationalen Verlegerkongresses.** Aus Pest wird uns geschrieben: Die Resolutionen, die von den Sektionen vorgelegt wurden und über die hier schon berichtet wurde, sind in der Plenarsitzung in der beantragten Fassung angenommen worden. Die Vorarbeiten für das internationale Verlegermuseum sollen an der Hand des Materials der Weltausstellung für Buchgewerbe zu Leipzig 1914 begonnen werden. Nachmittags fand unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kongresses, Direktors Viktor Ranschburg die Schlußsitzung des Kongresses statt. Die Einladung der Pariser Buchhändler-Vereinigung und des Syndikates der französischen Verleger, den nächsten Kongreß im Jahre 1916 in Paris, dem Orte, wo der erste vor 20 Jahren stattfand, abzuhalten, wurde angenommen. Seemann (Leipzig) begrüßte den Präsidenten im Namen der deutschen Buchhändler. Abends fand zu Ehren der Gäste im Leopoldstädter Kasino ein Rout statt, an dem auch Minister Jankovich teilnahm. Die internationale Kommission des Verleger-Kongresses wählte heute nach Beendigung des Kongresses den Direktor Viktor Ranschburg zu ihrem Präsidenten.

* **Die Zerstörung einer wertvollen Bibliothek** wird aus London gemeldet. Dort hat eine Feuersbrunst in dem Gebäude der großen Leihbibliothek von Mudies im Stadtteil Bloomsbury 30 000 Bücher, darunter viele seltene und unersetzliche Exemplare, zerstört.

SLUB
Wir führen Wissen.